

# Das wissenschaftlich- religionspädagogische Lexikon im Internet

(WiReLex)

Jahrgang 2016

## Kirchen in der DDR

David Käbisch

erstellt: Februar 2019

Permanenter Link zum Artikel:

<http://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/100159/>



DEUTSCHE  
BIBEL  
GESELLSCHAFT

# Kirchen in der DDR

David Käbisch

## 1. Lebensweltliche Bezüge

Westdeutsche Schülerinnen und Schüler, die ihren Sommerurlaub in Mecklenburg-Vorpommern oder einem anderen ostdeutschen Bundesland verbringen, stoßen dort auf Straßennamen, die auch ihre Eltern kaum aus ihrem Wohnort kennen dürften. Allein Karl Marx und Friedrich Engels sind als Gründungsväter der kommunistischen Bewegung und ideologische Gewährsmänner der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ca. 550-mal bzw. 240mal auf Straßenschildern zu finden (so die Zahlen aus dem Jahr 2006 bei Knabe, 2006). Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die ebenfalls als verdiente Kämpfer für die Arbeiterklasse in der DDR verehrt wurden, gaben 596 Straßen oder Plätzen ihren Namen. 613 Straßenschilder nennen Ernst Thälmann, der wegen seiner Kritik am NS-Regime im KZ Buchenwald ermordet wurde. Thälmann gab u.a. der Pionierorganisation ihren Namen. Nahezu alle Schülerinnen und Schüler in der DDR gehörten ihr an. Jeder, der in der DDR aufgewachsen ist, kennt sie aus der eigenen Erinnerung.

Ein weiteres Erbe der DDR gehört in den Bereich der Feierkultur. Während die Firmung und Konfirmation in westdeutschen Familien weit verbreitet ist, gehen ostdeutsche Jugendliche noch heute mehrheitlich zur Jugendweihe. Es kann bei solchen Anlässen passieren, dass die Verwandtschaft „von drüben“ überhaupt zum ersten Mal in einem Gottesdienst bzw. in einer säkularen Lebenswendefeier sitzt (Handke, 2016). Auch in der Adventszeit können westdeutsche Besucher ostdeutscher Weihnachtsmärkte überrascht sein: ‚sozialistische‘ Pyramiden und ‚neutrale‘ Winterlieder erzeugen eine weihnachtliche Stimmung, verzichten aber auf explizit christliche Bezüge wie Maria, Josef, die Hirten, die Könige oder das Christuskind (Lepetit, 2006).

Signifikante Ost-West-Unterschiede finden sich heute nicht nur in der Feierkultur zur Konfirmation und zum Weihnachtsfest, sondern auch in den Statistiken zum Besuch des Religionsunterrichts, zu den Kirchenmitgliedszahlen, Taufen, kirchlichen Trauungen und Bestattungen. Neben anderen Faktoren können sie als eine Langzeitfolge der kirchenfeindlichen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der von ihr forcierten Säkularisierung der Gesellschaft interpretiert werden. Sie führte (u.a. durch die Diskriminierung von Christen bei der Schul- und Berufswahl) in vielen ostdeutschen Familien zu einem religiösen

Traditionsbruch. Ohne historisches Wissen können die noch heute virulenten Unterschiede zwischen Ost und West nicht verstanden werden.

Wie auch bei anderen historischen Themen bieten Filmausschnitte (→ [Film, kirchengeschichtsdidaktisch](#)) einen Zugang zum gesellschaftlichen und politischen Kontext der Kirchen in der DDR. Zudem sind Filme ein Beispiel für die heutige Erinnerungskultur und den (realistischen, dramatisierenden, humoristischen, banalisierenden etc.) Umgang mit der zweiten deutschen Diktatur (→ [Erinnerung/Erinnerungslernen](#)). Historisch informativ und dramaturgisch anspruchsvoll sind u.a. die Filme „Sonnenallee“ (1999, Komödie von Leander Haußmann mit Alexander Scheer und Katharina Thalbach), „Good bye, Lenin!“ (2003, Komödie von Wolfgang Becker mit Daniel Brühl und Katrin Sass), „Das Leben der Anderen“ (2006, Politthriller von Florian Henckel von Donnersmarck mit Martina Gedeck und Ulrich Mühe), „Barbara“ (2012, Drama von Christian Petzold mit Nina Hoss und Ronald Zehrfeld), „Der Turm“ (2012, Drama von Christian Schwochow mit Jan Josef Liefers und Claudia Michelsen), „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ (2017, Drama von Matti Geschonneck mit Bruno Ganz und Alexander Fehling), „Das schweigende Klassenzimmer“ (2018, Drama von Lars Kraume mit Leonard Scheicher und Tom Gramenz) und die ARD-Fernsehserie „Weissenensee“ (seit 2010 vier Staffeln mit jeweils sechs Folgen).

## 2. Kirchengeschichtlicher Überblick

Die Geschichte der römisch-katholischen und evangelischen Kirchen in den Grenzen der am 7. Oktober 1949 gegründeten und am 3. Oktober 1990 aufgelösten DDR ist heute gut erforscht (vgl. dazu die Forschungsüberblicke von Lepp, 2005; Lepp, 2009 und Lepp, 2016). Die vielfältigen Verflechtungen mit den weltweiten und westdeutschen Partnerkirchen im Kontext des Kalten Krieges hat ebenfalls das Interesse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefunden (Greschat, 2010). Zum Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990) kann die Gesamtdarstellung von Rudolf Mau (2011) als Standardwerk gelten. Der Kirchenhistoriker und Zeitzeuge gliedert die Epoche in sieben Zeitabschnitte:

1. Sowjetische Besatzung und Neuordnung der Volkskirche. Ost-West-Konfrontation und wachsende Pressionen (1945-1952)
2. Totalitäre Kulturrevolution. Angriff auf die volkshkirchliche Tradition (1952-1961)
3. Die Mauer. Zeugnis und Dienst der schrumpfenden Kirche (1961-1969)
4. Lernwege der Eigenständigkeit „im Sozialismus“ (1969-1978)
5. Friedenszeugnis und wachsende Öffentlichkeit (1978-1985)
6. Gesellschaftliche Diakonie zur Friedlichen Revolution (1986-1990)
7. Neuaufstellung im Zeichen der Einheit Deutschlands

Der folgende Überblick beschreibt Aspekte aus der Geschichte der evangelischen

Landeskirchen, die einen Bezug zur Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern haben (z.B. zu deren Religions- und Konfirmandenunterricht sowie zu Fluchtgeschichten in der eigenen Familie). Die Geschichte der römisch-katholischen Kirche und der Freikirchen kann aus Platzgründen nicht ausführlich dargestellt werden.

### **2.1. Die fortgesetzte Unterdrückung der Kirchen am Beispiel des schulischen Religionsunterrichts (1933/1945-1952)**

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 endete die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland. Diese hatte von Anfang an unterschiedliche Formen der Diskriminierung von Juden, Christen, Kommunisten und anderer Gruppen umfasst. Am Beispiel des Religionsunterrichts können Kontinuitäten und Brüche zwischen der ersten und zweiten deutschen Diktatur aufgezeigt werden.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse, aber auch aus ideologischen und machtpolitischen Gründen durchverlief die verdeckte und offene Diskriminierung von Juden, Christen, Kommunisten und anderer Gruppen an Schulen unterschiedliche Eskalationsstufen. Singulär ist die Verfolgung und Vernichtung von Juden im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich.

Im Januar 1934 gab es beispielsweise in Frankfurt am Main 1092 Schülerinnen und Schüler an zwei jüdischen Volksschulen und weitere 548 jüdische Kinder an 36 anderen Schulen, die nach und nach diese Schulen nicht mehr besuchen durften. Aufgrund der erzwungenen Auswanderung oder Deportation in Vernichtungslager sank die Zahl jüdischer Schülerinnen und Schüler in Frankfurt am Main bis zum Februar 1942 auf 450. Mit der Ermordung von ca. sechs Millionen Juden bis 1945 erlosch auch in Frankfurt am Main das jüdische Leben (Helmreich, 1966, 261f.).

Die Diskriminierung von Christen verlief subtiler und weit weniger brutal, folgte aber ebenfalls einer ideologischen Agenda. Die nationalsozialistische Neugestaltung des Schulwesens nach 1933 ging zunächst mit der Beschränkung der Unterrichtstätigkeit von Geistlichen und dem „freiwilligen“ Ausscheiden staatlicher Religionslehrer einher, gefolgt von der Einschränkung der herkömmlichen Feierpraxis (Christliche Feiertage, Schulgottesdienste etc.) und einer Kampagne gegen evangelische und katholische Konfessionsschulen. Wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen führten die Kriegsjahre ab 1939 einerseits zu einer Radikalisierung der Maßnahmen, aber auch zu einer Art Burgfrieden mit den Kirchen. Der kriegsbedingte Lehrermangel hatte u.a. zur Folge, dass zuerst der Religionsunterricht nicht mehr erteilt wurde und frei werdende Stellen von Religionslehrkräften nicht mehr besetzt wurden. Der Verschiebung des Religionsunterrichts in die Randstunden und der Abschaffung

der Noten folgte schließlich die gänzliche Beendigung des Religionsunterrichts im Jahr 1942 (Helmreich, 1966, 202-264; Rickers, 2007, 163-184).

Nach der bedingungslosen Kapitulation lag die Schul- und Kirchenpolitik in der Hand der vier Alliierten. Diese verfolgten in ihren Besatzungszonen unterschiedliche Ziele. In der sowjetischen Besatzungszone, aus der 1949 die DDR hervorging, entschieden sich die kommunistischen Machthaber im Ergebnis dafür, die staatliche Einheitsschule ohne konfessionellen Religionsunterricht unter neuen ideologischen Vorzeichen fortzuführen. In den drei westdeutschen Besatzungszonen wurden hingegen die Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung (vgl. Art. 149 WRV) im 1949 verabschiedeten Grundgesetz wieder in Kraft gesetzt (vgl. Art. 7,3 GG). Konfessionsschulen konnten in der amerikanischen, französischen und britischen Besatzungszone bzw. in der Bundesrepublik weiterbestehen oder (wieder) eröffnet werden. In der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR blieben diese geschlossen bzw. wurden geschlossen.

Die „diktaturstaatliche Doppelschädigung der mitteldeutschen Kirchen“ (Nowak, 1996, 40) kann auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen nachverfolgt werden. Bereits in den Anfangsjahren der DDR zeigen sich dabei alle Merkmale eines Willkürstaates: Die Religionsfreiheit war zwar in den DDR-Verfassungen von 1949 (und erneut 1968) festgeschrieben, doch richtete sich die Politik der SED durchweg darauf, die Kinder- und Jugendarbeit der Kirchen zu behindern. Die SED, die die „Einheit“ der Jugend in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) anstrebte, agitierte u.a. gegen die Junge Gemeinde, die mit ihren Jugend-Rüstzeiten, Gesprächskreisen und Festen ein attraktives Bildungs- und Freizeitangebot darstellte. So polemisierte eine Sonderausgabe der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ am 1. April 1953, dass die Junge Gemeinde eine „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag“ sei (dazu Mau, 2011, 46). Es sind zahlreiche Fälle dokumentiert, wie kirchennahe Schülerinnen und Schüler von ihren Lehrern gedrängt wurden, sich vor ihrer Klasse zum Kommunismus zu bekennen.

## **2.2. Volkskirchlicher Traditionsbruch am Beispiel der Konfirmation (1953-1961)**

Nach dem Tod Josef Stalins am 5. März 1953 und den Streiks, Demonstrationen und Protesten in den Tagen um den 17. Juni 1953 begann die SED-Führung, ihre Kirchenpolitik zu forcieren. So forderte Walter Ulbricht im September 1953 eine „Offensivstellung des Staates“ zur Kirche, ohne den „Anschein eines Kirchenkampfes“ erwecken zu wollen (Mau, 2011, 51). Die SED registrierte eine weithin starke Stellung der kirchlichen Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie einen ungebrochenen „Einfluss“ der „Kirchenhierarchie“ vor allem in ländlichen Gebieten (Mau, 2011, 51).

Den gesamtdeutschen Kirchentag in Leipzig 1954 nahm die SED zum Anlass, ihre Strategie gegen die römisch-katholische und evangelische Kirche zu profilieren: Sie galten als „die stärkste legale Position der imperialistischen Kräfte“ in der DDR, die mit einem Bündel an Maßnahmen zu neutralisieren sei (Mau, 2011, 51). Zu diesen Maßnahmen gehörte (bis zum Ende der DDR) der forcierte Mitgliedschaftsstreit zwischen der SED und Kirche, die behauptete Unvereinbarkeit einer wissenschaftlichen Weltanschauung mit dem christlichen Glauben und die Darlegung der moralischen Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Christentum. Die SED konnte sich in ihrer Argumentation auch darauf beziehen, dass es kaum nennenswerten Widerstand der Kirchen gegenüber dem nationalsozialistischen Regime gegeben hatte.

Zu dem Bündel antikirchlicher Maßnahmen gehörte auch die Einführung der Jugendweihe im Jahr 1954. Die Jugendweihe gab sich zwar „weltanschaulich neutral“ und „nicht staatlich organisiert“, zielte aber mit dem April-Termin und dem Charakter als Passageritus und Familienfest darauf, die Konfirmation und Firmung zu verdrängen (Mau, 2011, 53f.). Da die Jugendweihe die Ablehnung der Kirche und ihrer Botschaft impliziere, kamen die ostdeutschen Landeskirchen noch im selben Jahr darin überein, dass Jugendliche, die an der Jugendweihe teilnahmen, nicht konfirmiert werden konnten. Der von der SED forcierte Mitgliedschaftskonflikt zwischen SED und Kirche wurde auf diese Weise in die Schulen getragen.

Aufgrund staatlichen Drucks wuchs die Teilnahme an der Jugendweihe in den Folgejahren. Viele Eltern waren nicht bereit, wegen der Verweigerung der Jugendweihe Nachteile für ihre Kinder in Kauf zu nehmen. Im August 1958 beschlossen die Landeskirchen daher Richtlinien, die bis zum Ende der DDR in Kraft blieben: Jugendweiheteilnehmer wurden nicht mehr vom Konfirmandenunterricht ausgeschlossen und konnten ein Jahr nach der Jugendweihe konfirmiert werden, wenn sie erkennbar am kirchlichen Leben teilnahmen (Mau, 2011, 54).

### **2.3. Dienst der schrumpfenden Kirche nach dem Mauerbau und Prager Frühling (1961-1969)**

In der DDR gab es kaum eine Familie, die nicht vom Mauerbau und den vorangehenden Migrationsbewegungen betroffen war. Bereits die Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten nach 1945 hatte ca. 12 Millionen Menschen betroffen. Zwischen 1949 und 1961 entschieden sich nochmals 2,5 Millionen Menschen dazu, die DDR zu verlassen und in den Westen anzusiedeln. Die Migration umfasste alle Bevölkerungsschichten, darunter auch Christinnen und Christen, die aufgrund ihres Bekenntnisses keine beruflichen Entwicklungschancen im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ sahen. Gering ist die Zahl der Menschen, die in die DDR zurückkehrten und sich zu einem Leben in der DDR entschieden. Erwähnt sei der Fall des Hamburger Pastors Horst

Kasner und Vaters der späteren Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er siedelte 1954 in die DDR über, um dem dortigen Pfarrermangel abzuhelpfen (zu dieser Migration besonderer Art vgl. Lepp, 2015).

Der Mauerbau im Jahr 1961 war der Versuch der DDR-Staatsführung, die Migrationsbewegung mit ihren wirtschaftlichen und ideologischen Folgen (Fachkräftemangel, offensichtliche Anziehungskraft des Westens etc.) zu stoppen. Kurzfristig hatte der Mauerbau Erfolg und stabilisierte das System. Als Instrument und Symbol der Unfreiheit hat die Mauer jedoch langfristig die Akzeptanz des DDR-Staates bei ihren Bürgerinnen und Bürgern untergraben. Es ist ein Verdienst der ost- und westdeutschen Landeskirchen, in den Jahren der Teilung durch Gemeindeparterschaften und Familienbegegnungen, aber auch durch finanzielle und materielle Hilfe ein Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit aufrecht gehalten zu haben. Zu den Maßnahmen gehörte aber auch ein Anstellungsverbot ostdeutscher Pfarrer in westdeutschen Landeskirchen, um ein Verlassen ihrer Gemeinden zu verhindern.

In die Jahre nach dem Mauerbau fallen auch die Sprengung der Potsdamer Garnisons- und Leipziger Universitätskirche, der Prager Frühling und die weltweiten Jugendproteste im Jahr 1968. Die von der SED dominierte Leipziger Universitätsleitung wollte mit der schon lange vorbereiteten, aufgrund von Protesten jedoch verschobenen Kirchensprengung öffentlich bekunden, dass Glaube und Wissenschaft im Sozialismus unvereinbar seien. Nicht wenige Theologiestudierende, die die Sprengung der Leipziger Universitätskirche am 30. Mai 1968 und den Prager Frühling erlebt hatten, öffneten später als Pfarrerinnen und Pfarrer ihre Gemeinderäume und Privatwohnungen, um im Geist der 68er über Frieden, Gerechtigkeit und weitere politisch brisante Fragen zu reden. Aufgrund solcher biographischen Zusammenhänge haben Marc-Dietrich Ohse (2008, 178) und Stefan Wolle (2008, 232-240) die 1989er auch als „verspätete 1968er“ beschrieben.

Die Reaktionen der evangelischen Kirchenleitungen auf den Prager Frühling waren disparat und erstrecken sich „von einem Stummbleiben wie in Anhalt über ein ‚vielsagendes‘ bzw. ‚qualifiziertes‘ Schweigen in Thüringen und leise Fürbitten im Norden der DDR über klarere Fürbittaufrufe wie in Sachsen, interne Solidaritätsbriefe in der Kirchenprovinz Sachsen bis hin zu Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht wie in Görlitz und einer öffentlichen Kanzelabkündigung in Berlin“ (Ruthendorf-Przewoski, 2015, 429).

#### **2.4. Versuchte Eigenständigkeit und schwelende Konflikte der „Kirche im Sozialismus“ (1969-1978)**

Institutionell bedeutet das Jahr 1969 einen Einschnitt in der Geschichte des ostdeutschen Protestantismus. Nachdem mit der 1968 verabschiedeten neuen DDR-Verfassung deutlich geworden war, dass alle nichtstaatlichen

grenzüberschreitenden Organisationen in der DDR als illegal galten, gründeten die ostdeutschen Landeskirchen unter Federführung des Theologen und späteren Bischofs Albrecht Friedrich Schönherr (1909-2011) den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK, dazu Mau, 2011, 97f.). Die Mitgliedschaft der ostdeutschen Landeskirchen in der EKD ruhte seit dieser Gründung.

Von 1969 bis 1981 war Schönherr Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung (KEK) und bestimmte damit maßgeblich die Arbeit des BEK. Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der DDR nach dem Mauerbau, die organisatorische Loslösung der ostdeutschen Landeskirchen von der EKD, aber auch das Ende der Ulbricht-Ära, die (scheinbar) gemäßigte Kirchenpolitik des neuen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker 1971, die Anerkennung der DDR als Vollmitglied der UNO 1973 und die Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens 1975 lassen das dritte Jahrzehnt der DDR vergleichsweise ruhig aussehen. Zu diesem Entspannungsklima trug auch die Programmformel von der „Kirche im Sozialismus“ bei, die Albrecht Schönherr u.a. bei einem Treffen zwischen einer Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und Honecker am 6. März 1978 vertrat. In Anlehnung an Dietrich Bonhoeffers Forderung einer „Kirche für andere“ plädierte Schönherr dafür, als Christen „nicht gegen, nicht neben, sondern im Sozialismus“ zu leben und zu wirken (Mau, 2011, 130-132).

Inwieweit der öffentliche Konfrontationsverzicht (bei gleichzeitiger Intensivierung konspirativer Zersetzungsmaßnahmen durch das Ministerium für Staatssicherheit) tatsächliche Autonomiegewinne für die Kirche mit sich brachte, ist in der Forschung umstritten. Grundsätzlich zeichnet sich die Tendenz ab, dass die SED dominierte Staatsführung mit Blick auf ihre internationale Anerkennung Glaubens- und Religionsfreiheit propagierte, faktisch jedoch Kirchenmitglieder diskriminierte und die Kirche mit konspirativen Mitteln bekämpfte. Zu den konspirativen Mitteln gehörte u.a. die Strategie, Konflikte zwischen „progressiven“ und „revanchistischen Kräften“ innerhalb der Kirchen, aber auch zwischen unterschiedlichen Frömmigkeitsstilen (lutherisch, evangelikal etc.) zu identifizieren und zum eigenen Nutzen zu intensivieren.

Beispiele für solche Konflikte sind die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz 1976 auf dem Marktplatz von Zeitz und die Selbstverbrennung des Pfarrers Rolf Günter 1978 während eines Sonntagsgottesdienstes in Falkenstein im sächsischen Vogtland. Brüsewitz kritisierte auf Plakaten die kirchenfeindliche Bildungspolitik der DDR u.a. mit dem folgenden „Funkspruch an alle“: „Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen“. Der Fall Brüsewitz erhielt eine hohe Medienaufmerksamkeit in Westdeutschland und sprach sich auch schnell in der DDR herum. Staat und Kirche kamen daher überein, vergleichbare Fälle in Zukunft vertraulich zu behandeln. Insbesondere gegenüber der (westdeutschen) Presse sollte eine einvernehmliche Sprachregelung gefunden werden, damit



Einzelne nicht das vermeintlich gute Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR belasten können. Diese Absprache scheint bei der gänzlich anders motivierten Selbstverbrennung von Rolf Günter funktioniert zu haben. Günter hatte sich aus Protest gegenüber der sächsischen Kirchenleitung verbrannt, da er der Meinung war, von ihr keine Unterstützung im Kampf gegen charismatische und evangelikale Gruppen in seiner Gemeinde zu erhalten. Das Ministerium für Staatssicherheit nahm solche innerkirchlichen Konflikte wahr und hat sie für ihre konspirative Zersetzungsarbeit ausgenutzt (dazu ausführlich Käbisch, 2008).

## **2.5. Wachsende Öffentlichkeit der Kirchen am Beispiel transnationaler Friedens- und Umweltgruppen (1978-1985)**

Die Einführung des Wehrkundeunterrichts an allen DDR-Schulen im Schuljahr 1978/79 und der Nato-Doppelbeschluss 1979, der neue US-amerikanische Mittelstreckenraketen in Westeuropa vorsah, waren der unmittelbare Anlass für die Protestaktionen, die sich um das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ abspielten. Der sächsische Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider hatte 1980 das biblische Symbol verbunden mit der Textangabe Mi 4,3 als Logo für die Friedensdekade in seiner Landeskirche angeregt (Mau, 2011, 148f.). Das Logo bezog sich auf ein Denkmal des sowjetischen Künstlers Jewgeni Wutschetitsch (1908-1974), das der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow (1894-1971) der UNO geschenkt hatte und das seit 1957 am East-River in New York stand. Um die Zensurbestimmungen für Druckerzeugnisse auf Papier in der DDR zu umgehen, wurde das Symbol auf Textilvlies in Form eines Lesezeichens über 100.000 Mal gedruckt. Jugendliche vor allem aus dem Umkreis der Jungen Gemeinden trugen das zum Aufnäher umfunktionierte Vlies an ihrer Kleidung, was staatliche Stellen als Reklame für die Kirche, Aufruf zur Wehrdienstverweigerung und Kritik der staatlichen Friedenspolitik zu unterbinden suchten. Es sind zahlreiche Fälle dokumentiert, wie Jugendliche von ihren Lehrern aufgefordert wurden, das „staatsfeindliche“ Symbol zu entfernen oder sogar von ihren Schulen relegiert wurden. Die spontane, weithin unorganisierte Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ kann daher als „die größte oppositionelle Massenbewegung zwischen 1953 und dem Ende der DDR“ gelten (Neubert, 1997, 52).

Kirchennahe Friedens- und Umweltgruppen, die sich Ende der 1970 in der DDR gründeten, dokumentieren die wachsende Bedeutung von Netzwerken für den grenzüberschreitenden Transfer politischer, theologischer und pädagogischer Ideen. Für die Beschäftigung mit der Kirche in den 1980er Jahren ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Partnergemeinden und Jugendbegegnungen zwischen Ost und West, aber auch zwischen Polen, der Tschechoslowakei und der DDR in die Betrachtung einzubeziehen (zu Kirchenpartnerschaften im geteilten Deutschland vgl. Dittmers, 2015, 109-118, sowie Rittberger-Klas, 2006, 236-242). In vielen ost- und westdeutschen Gemeinden finden sich heute noch

Zeitzeugen, die über die Bedeutung persönlicher Kontakte erzählen können.

Die wachsende Öffentlichkeit der Kirchen am Beispiel transnationaler Friedens- und Umweltgruppen lässt sich auch an persönlichen Kontakten zur kirchennahen Opposition in Polen, der CSSR und in der DDR aufzeigen (Doellinger, 2013). Insbesondere Friedens- und Umweltgruppen hatten Kontakte in die „sozialistischen Bruderstaaten“, darunter die von Josef L. Hromádka, Hans Joachim Iwand, Helmut Gollwitzer, Martin Niemöller, Heinrich Vogel und Ernst Wolf gegründete *Christliche Friedenskonferenz* (CFK), die allerdings massiv von den kommunistischen Geheimdiensten unterwandert wurde (Schluss, 2018).

## **2.6. Gesellschaftliche Diakonie am Beispiel der Friedlichen Revolution (1986-1990)**

Die Ereignisse der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 können nicht isoliert von den Jahren zuvor betrachtet werden. Als Beispiel seien dazu die wöchentlichen Friedensgebete an der Leipziger Nikolaikirche erwähnt, die erstmals im September 1982 stattfanden und auf einen Impuls der bereits erwähnten Friedensdekade 1981 zurückgehen. Wöchentliche Friedensgebete gab es bereits seit 1978 in Erfurt und seit 1981 in Dresden. Auch in vielen anderen Städten wurden Friedensgebete in den 1980er Jahren zu Treffpunkten, an denen sich politisch engagierte Christen, Oppositionelle und Ausreisewillige treffen konnten. Ein Merkmal der am Montag stattfindenden Friedensgebete in Leipzig bestand darin, dass gewohnte liturgische Formen (aus dem Sonntagsgottesdienst) erweitert wurden. Zu den neuen Formen gehörten u.a. Berichte, die Gottesdienstbesucher zu Alltagsproblemen, zu Umweltfragen, zur Gefangenenarbeit, zur Ausreiseproblematik etc. formulieren konnten. Die Friedensgebete sind damit nicht nur ein Beispiel der gesellschaftlichen Diakonie, sondern auch der wachsenden Öffentlichkeit der Kirchen in der DDR.

Die Rolle der evangelischen Landeskirchen im Vorfeld und Verlauf der Friedlichen Revolution wird heute in den Geschichts- und Religionswissenschaften (einschließlich der evangelischen Theologie) entweder unter- oder überschätzt. So finden sich zahlreiche Beispiele aus der Allgemeingeschichte, die die Kirchen bei der Darstellung der Ereignisse 1989 ganz weglassen (Ihme-Tuchel, 2002), die Leipziger Montagsdemonstrationen ohne die vorausgehenden Friedensgebete in der Nikolaikirche beschreiben (Weber, 2012) oder die Kirchnähe vieler oppositioneller Gruppen ausblenden. Die Stärke der genannten Überblicksdarstellungen zur DDR besteht jedoch darin, dass der Zusammensturz der zweiten deutschen Diktatur in den globalgeschichtlichen Horizont eingezeichnet wird und das komplexe Zusammenspiel politischer, ökonomischer, rechtlicher und sozialer Faktoren Eingang in die Darstellung findet. Insbesondere die Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion, die Solidarność-Bewegung in Polen, die innenpolitischen Reformbemühungen Michail Gorbatschows, die bevorstehende

Zahlungsunfähigkeit der DDR, der dauerhafte Entzug von Grundrechten und die Magnetwirkung des ‚goldenen‘ Westens waren Faktoren, die zum Zusammensturz der kommunistischen Regime in Osteuropa geführt haben.

Während die Friedliche Revolution in der Allgemeingeschichte als Teil eines globalen Transformationsprozesses erscheint, der 1989 auch die DDR erreichte, sprechen einige Zeitzeugen und Akteure von der ‚protestantischen Revolution‘, die ‚aus der Kirche kam‘ und ‚vom Gebet zur Demo‘ führte (u.a. Neubert, 1997; vgl. dazu Demke, 2015). Bei ihnen erscheinen die genannten politischen, ökonomischen, rechtlichen und sozialen Faktoren der Friedlichen Revolution eher als Begleiterscheinung zu einem primär kirchlichen Aufbruch (Fitschen, 2010, 109). Der Religionsunterricht sollte solche Einseitigkeiten vermeiden und eine mehrperspektivische Erschließung des Themas anstreben.

### 3. Didaktische Anregungen

Das Thema „Kirche in der DDR“ bietet nicht nur einen Zugang zu einem wichtigen Kapitel der Kirchen-, sondern auch der Politikgeschichte. Ohne das Scheitern der Weimarer Republik (1919-1933) und die menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten (1933-1945) kann die miteinander verflochtene Geschichte der „alten“ Bundesrepublik und DDR (1949-1990) kaum verstanden werden. Beide Staaten wurden mit dem Ziel gegründet, es besser als die Vorgänger zu machen. Die Kirchen und viele ihrer Mitglieder auf beiden Seiten der Elbe blieben von dieser Aufbruchsstimmung nicht unberührt. Das Unterrichtsthema ist damit auch ein lehrreiches Fallbeispiel für Generationenkonflikte und das spannungsreiche Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit im Zusammenleben von Menschen (Pirner, 2003; Käbisch, 2012).

#### 3.1. Der Beitrag des Themas zur politischen Bildung

Auch wenn Schülerinnen und Schüler die eingangs genannten Straßennamen, Familienfeste und Filme kennen sollten, sind ihnen historische Fakten und politische Hintergründe kaum bekannt. Selbst Studierende in der Politikwissenschaft zeigen sich nach einer Untersuchung von Klaus Schröder (2018) zwar meinungsstark, im Ganzen aber kenntnisarm: Auf der einen Seite werden Mauer, Staatssicherheit und Umweltverschmutzung in der DDR einhellig abgelehnt, aber belastbares Wissen über die SED und deren Überwachungs- und Unterdrückungssystem (im Kontext der anderen kommunistischen Nachkriegsdiktaturen in Osteuropa) sei kaum vorhanden. Überhaupt werde die DDR hauptsächlich mit „Mauer“ und „Stasi“ assoziiert, was Schröder als einen geschichtspolitischen Erfolg der SED-Nachfolgepartei interpretiert: Als Sündenbock für Überwachung und Unterdrückung gilt weithin die Stasi, während die SED kaum erwähnt werde (so auch die Tendenz in den Filmen „Das Leben der Anderen“, „Barbara“ und „Der Turm“).

Die Dringlichkeit des Themas ergibt sich auch aus den Einseitigkeiten des DDR-Bildes bei vielen ost- und westdeutschen Schülerinnen und Schülern. Die überwiegende Mehrzahl weiß heute wenig über die DDR und hat ‚kaum etwas‘ oder ‚überhaupt nichts‘ von ihr in der Schule gehört. Insbesondere ostdeutsche Jugendliche loben nach einer Untersuchung aus dem Jahr 2008 „mit breiter Mehrheit die sozialen Seiten des SED-Staates und gleichzeitig neigt eine beträchtliche Minderheit unter ihnen zur Ausblendung diktatorischer und repressiver Aspekte“ (Deutz-Schroeder/Schroeder, 2008, 607).

Neuere empirische Studien zu den Vorstellungen Jugendlicher über die DDR haben die kontrovers diskutierten Ergebnisse der Schröder-Studien differenziert und teilweise korrigiert. So stellt Kathrin Klausmeier auf der Basis einer Befragung von 700 Schülerinnen und Schülern in Thüringen heraus, dass „Befragte aus DDR-kritischen Familien zwar stärker diktatorische und repressive Eigenschaften betonen, Jugendliche aus Familien mit positiven Erinnerungen diese aber auch nicht ausblenden“ (Klausmeier, 2017, 98). Das Ergebnis, dass „etwa jede/r Fünfte den Diktaturcharakter“ der DDR verneint, führt sie (im Unterschied zu Klaus Schröder) nicht auf eine rückblickende Idealisierung der DDR zurück, sondern auf die mangelnde „Begriffskompetenz der Lernenden, deren Diktaturbegriff wesentlich durch die NS-Zeit geprägt ist“ (Klausmeier, 2017, 98).

Schülerinnen und Schüler können bei der Beschäftigung mit den Kirchen in der DDR die diktatorischen und repressiven Aspekte des SED-Staates kennenlernen. Das vielschichtige Verhältnis von Religion und Politik bzw. Kirche und Staat ist dabei für den gesamten Zeitraum mehrdimensional (auf der privaten, öffentlichen, persönlichen, familiären, beruflichen etc. Ebene) zu erschließen. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ersten und zweiten deutschen Diktatur sind ebenfalls differenziert zu erarbeiten. Geeignete Vergleichskriterien dafür sind das Einparteiensystem, der Herrschaftsanspruch einer bestimmten Rasse bzw. Klasse, die Einschränkung der Meinungs- und Religionsfreiheit, der totalitäre Erziehungsanspruch des Staates, die fehlende Gewaltenteilung zwischen der Legislative, Exekutive und Judikative, das anders akzentuierte Freund-Feind-Denken in der politischen Propaganda sowie das sehr unterschiedliche Ausmaß der Verfolgung und Vernichtung von „Feinden des Volkes“. Im Umfeld der Pegida-Bewegung hat diese Formulierung (ebenso wie der Ruf „Wir sind das Volk“) wieder an politischer Bedeutung gewonnen. Es ist eine Aufgabe schulischer Bildung, mit den Schülerinnen und Schülern die historischen Kontinuitäten und Kontexte solcher und anderer Parolen zu verstehen.

### **3.2. Der Beitrag des Themas zur ethischen Bildung**

Ethische Bildung verfolgt u.a. das Ziel, dass Schülerinnen und Schüler das Denken, Fühlen und Handeln kirchlicher und staatlicher Akteure in

Entscheidungssituationen nachvollziehen können. Dazu bietet das Thema „Kirche in der DDR“ zahlreiche Fallbeispiele. In Abgrenzung zu einer an ‚großen‘ Vorbildern orientierten Religions- und Geschichtsdidaktik können Schülerinnen und Schüler an einzelnen Akteuren ferner die politische Bedeutung von Religion in (heute unscheinbaren) Konfliktsituationen kennenlernen. Im Mittelpunkt steht damit nicht nur die verfasste Kirche bzw. die Kirchenleitungen in ihrem Verhältnis zum DDR-Staat, sondern auch Einzelpersonen und oppositionelle Gruppen, die ohne das schützende juristische Dach der Kirchen jedoch kaum hätten agieren können.

Zum zweiten sollten Schülerinnen und Schüler lernen, zwischen einer Teilnehmer- und (rückblickenden) Beobachterperspektive zu unterscheiden. Schülerinnen und Schüler neigen dazu, die Handlungszwänge in einer Diktatur zu unterschätzen, und zeigen sich entsprechend meinungsstark, was ihr eigenes Freiheitsverständnis angeht („Da hätte ich nie mitgemacht!“).

Und zum Dritten besteht ein Ziel schulischer Bildungsarbeit darin, dass Schülerinnen und Schüler zu einer mehrperspektivischen Welterschließung befähigt werden, wozu neben ökonomischen, rechtlichen, sozialen und politischen Perspektiven auf die Kirchen in der DDR auch ethische Fragen (etwa zum Verhältnis von Freiheit und Determination oder dem Leben in einer Entfremdungs- bzw. Minderheitensituation) gehören können.

### **3.3. Der Beitrag des Themas zur religiösen Bildung**

Mit Manfred Pirner (2003) lassen sich vier didaktische Zugänge unterscheiden, bei denen der Beitrag des Themas zur religiösen Bildung hervortritt: Die Schülerinnen und Schüler können die spezifische religiöse Sozialisation in den alten und neuen Bundesländern kennenlernen, kirchliche Alternativen zur westlichen „Normalität“ der Volkskirche beschreiben, die Kirche als Wegbereiterin der Friedlichen Revolution analysieren und die religiösen Lebensformen von Jugendlichen jenseits der großen Kirchenpolitik entdecken.

Unter religionsdidaktischen Gesichtspunkten ist zudem die Frage von Interesse, was Jugendliche über die individuelle, soziale und zukunftsorientierte Lebensführung im Horizont der christlichen Rechtfertigungs-, Verantwortungs- und Hoffnungslehre lernen können (zu dieser Unterscheidung siehe Schlag, 2010, 512-538). Die individuelle christliche Lebensführung in einer sozialistischen Diktatur war geprägt von politischen Erwartungen und Zwängen, die die persönliche Handlungsfreiheit einschränkten und zu schuldhaften Verstrickung führen konnte (vgl. dazu [Röm 7,19](#): „Denn das Gute, das ich will, das tue ich nicht; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich“). Solche schuldhaften Verstrickungen (etwa von kirchlichen Mitarbeitern, die als Inoffizielle Mitarbeiter geführt oder „abgeschöpft“ wurden) sollten im Religionsunterricht im Horizont der christlichen Rechtfertigungslehre gedeutet

werden. Das „Prinzip Verantwortung“ (Hans Jonas) kann dort zum Tragen kommen, wo sich Schülerinnen und Schüler mit Menschen beschäftigen, die aus Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung Verantwortung für andere Menschen übernommen haben und dafür von politischen Pflichten eines DDR-Staatsbürgers abwichen. Das „Prinzip Hoffnung“ (Ernst Bloch) ist schließlich dort von Bedeutung, wo Menschen der Vision einer besseren Welt folgten, um eine sozialistische Gesellschaft zu realisieren oder den real existierenden Sozialismus zu kritisieren.

### 3.4. Unterrichtsmedien und Lernportale im Überblick

Zum Thema „Kirche in der DDR“ liegen inzwischen eine Reihe an Unterrichtsmedien für die Sekundarstufe I vor (zum Beispiel Conrad/Hügel, 2010; Käbisch/Träger, 2011 und Ratzmann, 2014). In diesen finden sich altersgemäße Einführungstexte, Quellen und Lernaufgaben zu den folgenden Kernthemen:

- Konfirmation und Jugendweihe
- Politisches Selbstverständnis der DDR
- Verhältnis von Kirche und Staat
- Biographische Fallrekonstruktionen und Zeitzeugeninterviews
- Kirche und Opposition in der DDR
- Die Friedliche Revolution

Quellensammlungen und Zeitzeugenportale für die Beschäftigung mit dem Thema im Politik-, Geschichts-, Ethik- und Religionsunterricht bieten u.a. das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ([www.zeitzeugen-portal.de/](http://www.zeitzeugen-portal.de/)) und das Zeitzeugenportal der Bundesstiftung Aufarbeitung ([www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/zeitzeugen-4406.html](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/zeitzeugen-4406.html)). Online-Materialien finden sich zudem zu den Themen „Die Kirchen zwischen Anpassung und Widerstand“ ([www.stimmen-der-opposition.de/unterricht/kirchen-zwischen-anpassung-widerstand.html](http://www.stimmen-der-opposition.de/unterricht/kirchen-zwischen-anpassung-widerstand.html)), „Kirche, Pop und Sozialismus – Die Rolle der Kirchen in der DDR“ ([www.lehrer-online.de/fokusthemen/deutsch-deutsche-geschichte/herrschaft-im-geteilten-deutschland/arbeitsmaterial/am/kirche-pop-und-sozialismus-die-rolle-der-kirchen-in-der-ddr/](http://www.lehrer-online.de/fokusthemen/deutsch-deutsche-geschichte/herrschaft-im-geteilten-deutschland/arbeitsmaterial/am/kirche-pop-und-sozialismus-die-rolle-der-kirchen-in-der-ddr/)) und „Kirchen in der DDR. Zwischen Glaube und Politik“ (<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/Magazin/11200>). Aufschlussreich sind darüber hinaus die Materialien zu den Akteuren kirchennaher Friedens- und Umweltgruppen in den 1980er Jahren (Käbisch/Käbisch, 2010). In Kombination mit den Quellen auf dem Portal [www.akteure-friedliche-revolution.de](http://www.akteure-friedliche-revolution.de) können Schülerinnen und Schüler mit diesen Unterrichtshilfen...

- die Bedeutung von Religion in politischen Konflikten erkennen,
- das vielschichtige Verhältnis von Politik und Religion nachvollziehen,
- den Unterschied zwischen politischer Struktur und politischer Kultur beschreiben,

- die ethische Unterscheidung von Handeln und Verhalten verstehen,
- Konfliktebenen zwischen Politik und Religion unterscheiden und
- Symbole als Medien politischer und religiöser Kommunikation begreifen.

In Schulbüchern taucht das Thema nach der Einschätzung von Ulrike Witten (2019) „zwar nicht prominent auf, aber es stellt auch keine Lücke dar“. Die von ihr zur Friedlichen Revolution untersuchten Unterrichtsmedien zeigen darüber hinaus die Tendenz, dass sich die Unterrichtsinhalte und Aufgabenformate kaum unterscheiden und den vier Oberthemen „Kirche und Staat“, „Lernen an Biographien“, „Utopie/Prophetie“ und „Wünsche/Gebet“ zuordnen lassen. Wittens Bestandsaufnahme verweist damit auf zahlreiche Desiderate für die weitere Beschäftigung mit dem Thema in den Fachdidaktiken.

## 4. Desiderate

Auch wenn inzwischen zahlreiche Unterrichtshilfen für die Beschäftigung mit den DDR-Kirchen im Religionsunterricht vorliegen, gibt es im Unterschied zur Politik- und Geschichtsdidaktik (vgl. zuletzt Arnim-Rosenthal/Hüttmann, 2017) kaum religionsdidaktische Studien zu diesem Thema. Die religionsdidaktischen Unterrichtshilfen blenden zudem Themen aus, die für die epochenübergreifende Beschäftigung mit dem Thema „Diktatur und Demokratie“ sowie die transnationale und globale Dimension des Christentums wichtig erscheinen. Diese Einschätzung betrifft zunächst die „Einbettung des ostdeutschen Protestantismus in die Geschichte des deutschen Protestantismus des 20. Jahrhunderts“ (Lepp, 2016, 73), darunter die individuellen und institutionellen Kontinuitäten und Brüche zur Kirche in der Weimarer Demokratie und in der nationalsozialistischen Diktatur.

Die vielfältigen Verflechtungen zwischen ost- und westdeutschen Landeskirchen vor und nach dem Mauerbau sind ein weiteres Desiderat in Unterrichtsmaterialien: Welche Bedeutung hatte die EKD? Welche Impulse gingen von Partnergemeinden für die Bildungsarbeit der Kirchen in der DDR aus? Welche pädagogischen, theologischen und politischen Ideen wurden durch die heimliche Einfuhr und Weitergabe von Literatur transferiert? Wie wurde die Gemeindefarbeit von westdeutschen Theologiestudierenden und Vikaren, die ein Praktikum in der DDR absolviert haben, wahrgenommen? Gab es einen Transfer politischer Ideen und pädagogischer Praktiken (Murken, 2013, 439-450)? Der transnational-transferorientierte Ansatz eröffnet zudem Möglichkeiten, die Rezeption des „Kirchenkampfes“ in den ost- und westdeutschen Kirchen nachzuzeichnen und kirchennahe Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen zu analysieren. Diese sorgten seit den 1970er Jahren für einen grenzüberschreitenden Austausch politischer und religiöser Ideen (Lepp, 2016, 73).

Neben der Verortung des Themas in eine gesamtdeutsche Kirchengeschichte stellt die europäische Christentumsgeschichte einen weiteren Bezugspunkt für die Beschäftigung mit dem Thema dar. Die Diskriminierung und Verfolgung von Christen im sowjetischen Herrschaftsbereich hat das kirchliche Leben vor und nach den politischen Umbrüchen 1989/90 sehr unterschiedlich verändert, wie bereits die Beispiele der orthodoxen Kirche in Russland, der römisch-katholischen Kirche in Polen und der evangelischen Kirchen in Tschechien zeigen. Erst die vergleichende Perspektive würde Gemeinsamkeiten und Unterschiede kenntlich machen und die Langzeitfolgen der kommunistischen Nachkriegsdiktaturen in Europa verdeutlichen (Kaminsky, 2017, 56).

[Angaben zu Autor / Autorin finden Sie hier](#)



# Empfohlene Zitierweise

Käbisch, David, Art. Kirchen in der DDR, in: Wissenschaftlich Religionspädagogisches Lexikon im Internet ([www.wirelex.de](http://www.wirelex.de)), 2019

## Literaturverzeichnis

- **Arnim-Rosenthal, Anna von/Hüttmann, Jens (Hg.), Diktatur und Demokratie im Unterricht: der Fall DDR, Berlin 2017.**
- Conrad, Gloria/Hügel, Sylvia, Kirche in der DDR. Eine Unterrichtssequenz in einer 9. Klasse, in: Zeitsprung. Zeitschrift für den Religionsunterricht in Berlin und Brandenburg/Sonderheft „Kirche in der DDR“ (2010), hg. vom AKD/Pädagogisch-Theologisches Institut, Berlin 2010.
- Demke, Elena, Die Sprache der Kerzen und der „Wille des Volkes“ – Überlegungen zur Rede von der protestantischen Revolution, in: Abgeschlossen? Stand und Folgen der Aufarbeitung der Geschichte der Kirchen in der DDR. Tagung an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 12.-13.6.2015, epd-Dokumentation 40 (2015).
- Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus, Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, Stamsried 2008.
- Dittmers, Sebastian, Entstehung der Nordkirche. Evangelisch-lutherische Kirche in Norddeutschland, Kiel 2015.
- Doellinger, David, Turning prayers into protests. Religious-based activism and its challenges to state power in socialist Slovakia and East Germany, Budapest 2013.
- Fitschen, Klaus, Kerzen – Kirche – Kontroversen. Die Rolle der evangelischen Kirche 1989/90 in der Zeitgeschichtsschreibung, in: Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte 4 (2010), 97-110.
- **Greschat, Martin, Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945-1963, Paderborn u.a. 2010.**
- Handke, Emilia, Religiöse Jugendfeiern „zwischen Kirche und anderer Welt“. Eine historische, systematische und empirische Studie über kirchlich (mit)verantwortete Alternativen zur Jugendweihe, Leipzig 2016.
- Helmreich, Ernst Christian, Religionsunterricht in Deutschland. Von den Klosterschulen bis heute, Hamburg 1966.
- Ihme-Tuchel, Beate, Die DDR, Darmstadt 2002.
- Käbisch, David/Käbisch, Edmund, Akteure der Friedlichen Revolution. Didaktische Impulse und Materialien für den Geschichts-, Ethik- und Religionsunterricht aus der Region Zwickau. Mit einem Geleitwort von Joachim Gauck, Moers 2010.
- Käbisch, David/Träger, Johannes, Schwerter zu Pflugscharen. Impulse für friedensethisches Lernen im Religionsunterricht, Leipzig 2011.
- **Käbisch, David, Das Verhältnis von Politik und Religion am Beispiel der Friedlichen Revolution. Biographische Fallrekonstruktionen im Religionsunterricht, in: Hidalgo, Oliver/Pickel, Gert (Hg.), Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?, Wiesbaden 2012, 47-62.**

- Käbisch, Edmund, Das Fanal von Falkenstein. Eine Studie über die Zersetzung der Kirche durch die Stasi nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Rolf Günther, Bergisch Gladbach 2. Aufl. 2008.
- Kaminsky, Anna, DDR-Geschichte als Kommunismusgeschichte begreifen. Plädoyer für eine Perspektivenerweiterung, in: von Arnim-Rosenthal, Anna/Hüttmann, Jens (Hg.), Diktatur und Demokratie im Unterricht: der Fall DDR, Berlin 2017, 54-61.
- Klausmeier, Kathrin, Die DDR war keine Diktatur!? Ergebnisse einer empirischen Studie zu den Vorstellungen Jugendlicher von der DDR, in: von Arnim-Rosenthal, Anna/Hüttmann, Jens (Hg.), Diktatur und Demokratie im Unterricht: der Fall DDR, Berlin 2017, 88-99.
- Knabe, Hubertus, DDR-Straßennamen. Wie die DDR in der Provinz weiterlebt, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ddr-strassennamen-wie-die-ddr-in-der-provinz-weiterlebt-a-440393.html>; abgerufen am 10.10.2018.
- Lepetit, Friederike, Weihnachten – ein sozialistisches Friedensfest? Christliche Motive und Traditionen im Musikunterricht der DDR am Beispiel des Weihnachtsfestes, Leipzig u.a. 2006.
- Lepp, Claudia, 15 Jahre kirchengeschichtliche DDR-Forschung im wiedervereinigten Deutschland – ein Rückblick und Ausblick, in: Theologische Rundschau 70 (2005), 455-503.
- Lepp, Claudia, Die evangelischen Kirchen in der DDR im Focus der Forschung. Darstellungen und Quellensammlungen zu Einzelthemen (1990-2009). Teil 1, in: Theologische Rundschau 74 (2009), 309-353.
- Lepp, Claudia, Wege in die DDR. West-Ost-Übersiedlungen im kirchlichen Bereich vor dem Mauerbau, Göttingen 2015.
- **Lepp, Claudia, Christen und Kirchen in der DDR. Eine Nachlese (1990-2014), in: Theologische Rundschau 81 (2016), 48-73.**
- **Mau, Rudolf, Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990), Leipzig 2005, 2. Auflage 2011.**
- Murken, Jens, Gemeindepraktika westfälischer Theologiestudierender in DDR-Kirchengemeinden vor der Wende 1989, in: Sarx, Tobias/Scheepers, Rajah/Stahl, Michael (Hg.), Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2013, 439-450.
- Neubert, Ehrhart, Die Geschichte der Opposition der DDR 1949-1989, Berlin 2. Aufl. 1997.
- Nowak, Kurt, Staat ohne Kirche? Überlegungen zur Entkirchlichung der evangelischen Bevölkerung im Staatsgebiet der DDR, in: Kaiser, Gert/Frie, Ewald (Hg.), Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR, Frankfurt/M. u.a. 1996, 23-43.
- Ohse, Marc-Dietrich, „Keinen Dubček, keinen Ulbricht“. 1968 und die Jugend in der DDR, in: Ebbinghaus, Angelika (Hg.), Die letzte Chance? – 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, 170-178.
- **Pirner, Manfred L., Kirche im Sozialismus, in: Lachmann, Rainer/Gutschera, Herbert/Thierfelder, Jörg (Hg.), Kirchengeschichtliche Grundthemen. Historisch, systematisch, didaktisch, Göttingen 2003, 324-341.**
- Ratzmann, Wolfgang, Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche im ‚real-existierenden Sozialismus‘ der DDR. Ein didaktischer Zugang mit Hilfe von drei Beispielen, in: Arbeitshilfen für den evangelischen Religionsunterricht an Gymnasien. Hg. von der Gymnasialpädagogischen Materialstelle der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Erlangen 2014, 59-72.
- Rickers, Folkert, Die nationalsozialistische Ära, in: Lachmann, Rainer/Schröder, Bernd,

Geschichte des evangelischen Religionsunterrichts in Deutschland. Ein Studienbuch, Neunkirchen-Vluyn 2007, 163-184.

- Rittberger-Klas, Karoline, Kirchenpartnerschaften im geteilten Deutschland. Am Beispiel der Landeskirchen Württemberg und Thüringen, Göttingen 2006.
- Ruthendorf-Przewoski, Cornelia von, Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR, Göttingen u.a. 2015.
- Schlag, Thomas, Horizonte demokratischer Bildung. Evangelische Religionspädagogik in politischer Perspektive, Freiburg i. Br. u.a. 2010.
- Schluss, Henning, Netzwerke in einer geteilten Nation. Erziehung, Bildung und Religion am Ende der DDR, in: Käbisch, David/Wischmeyer, Johannes (Hg.), Transnationale Dimensionen religiöser Bildung in der Moderne, Göttingen 2018, 295-308.
- Schröder, Klaus, Studentisches Wissen über DDR. Meinungsstark und kenntnisarm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 10.05.2018 [[www.faz.net](http://www.faz.net)].
- Weber, Hermann, Die DDR 1945-1990, München 5. Aufl.2012.
- Witten, Ulrike, Die Friedliche Revolution als Thema im Religionsunterricht. Didaktische Perspektiven, in: Zeitschrift für Pädagogik und Theologie 71 (das Themenheft „30 Jahre Friedliche Revolution“ erscheint 1/2019).
- Wolle, Stefan, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008, 232-240.

## Impressum

Hauptherausgeberinnen:

Prof. Dr. Mirjam Zimmermann (Universität Siegen)

Prof. Dr. Heike Lindner (Universität Köln)

„WiReLex“ ist ein Projekt der Deutschen Bibelgesellschaft

Deutsche Bibelgesellschaft

Balinger Straße 31 A

70567 Stuttgart

Deutschland

[www.bibelwissenschaft.de](http://www.bibelwissenschaft.de)